

Der Wald im Clinch zwischen Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft - wie soll es weitergehen?

Referat von Frau Regierungspräsidentin Elisabeth Zölch-Balmer, Volkswirtschaftsdirektorin des Kantons Bern

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Präsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Burgergemeinden und der Kanton Bern haben **ein gemeinsames Ziel**. Wir beide streben nach einer nachhaltigen Nutzung und Pflege unserer Wälder. Dies ist uns bisher sehr gut gelungen. Wir können stolz darauf sein.

Jüngstes Beispiel dieser Leistung ist die **Bourgeoisie de Cormoret**. Sie hat am Mittwoch den begehrten Binding-Preis für eine vorbildliche Waldpflege unter dem Titel „L'entretien des forêts en tant que contribution au façonnage durable des paysages“ erhalten. Es freut mich ausserordentlich, dass dieser Preis an eine Waldeigentümerin im Berner Jura verliehen wurde. Im Namen der Berner Regierung gratuliere ich der **Bourgeoisie de Cormoret** nochmals sehr herzlich zu ihren herausragenden Verdiensten.

Die Verleihung des Binding Preises in unseren Kanton möge uns auch den Glauben an die Zukunft der Wald- und Holzwirtschaft stärken. Diesbezüglich haben wir nicht nur das gleiche Ziel, **wir sitzen auch im gleichen Boot**.

In der Folge des Sturms LOTHAR sind die Holzerlöse eingebrochen. Die Lage der Forstbetriebe, dies gilt für viele auch Ihrer Betriebe wie auch für unseren Staatsforstbetrieb, hat sich dadurch drastisch verschlechtert.

Wenn wir nun die Holznutzung weiter reduzieren oder gar den Betrieb ganz einstellen, dann ist dadurch auch das Ziel einer nachhaltigen Nutzung gefährdet. Der Wald wächst weiter, die Holzvorräte nehmen weiter zu, die Wälder werden dunkler und instabiler. Stabilität und Artenvielfalt nehmen ab. Zudem wird auf die sinnvolle Nutzung des ökologischen Rohstoffes Holz verzichtet.

Um eine solche Entwicklung abzuwehren, müssen wir daher gemeinsam rasch **Massnahmen treffen, welche die Wirtschaftlichkeit der Holznutzung verbessern**. Ich spreche hier ausdrücklich vom Nutzwald, also von Wäldern, in welchen die Holzprodukti-

on und nicht Waldleistungen wie Schutz vor Naturgefahren, Erholung oder Naturschutz im Vordergrund stehen.

Massnahmen bedeuten überbetriebliche Zusammenarbeit, das heisst aber oft auch Abbau von betriebseigenem Personal.

Ich bin als Forstdirektorin fest davon überzeugt, dass ohne hart anmutende Restrukturierungsmassnahmen längerfristig vielleicht sogar mittelfristig viel mehr Arbeitsplätze in der Waldwirtschaft verloren gehen. Damit bliebe langfristig auch die ökologische Bewirtschaftung auf der Strecke.

Zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit müssen **Massnahmen auf zwei Ebenen diskutiert** werden. Einerseits müssen die **Rahmenbedingungen des Staates** eine wirtschaftliche Holzproduktion zulassen, andererseits sind **Rationalisierungsmassnahmen auf betrieblicher Ebene** notwendig.

Ich habe im vergangenen Jahr für beide Ebenen Projekte initiiert.

Im Rahmen des **Projektes Galileo** haben Experten aller Stufen der Wald- und Holzwirtschaft in unserem Auftrag dargelegt, dass eine **wirtschaftliche Holzproduktion in der Schweiz grundsätzlich möglich** ist. Sie fordern aber eine drastische Reform der staatlichen Rahmenbedingungen. Diese resultieren in einer Liberalisierung der Waldwirtschaft, das heisst einer **Reduktion der Vorschriften** einerseits und einer **gezielteren Einsetzung der knapper werdenden öffentlichen Beiträge** andererseits.

Diese Vorschläge der Expertengruppe sind radikal und haben kontroverse Diskussionen ausgelöst. Auch ihr Verband hat sich dazu geäussert. Die Vorschläge decken sich aber weitgehend mit den 8 Thesen zur Zukunft der Waldwirtschaft des Waldwirtschaftsverbandes Schweiz. Die laufende Auseinandersetzung zu diesen Dokumenten, auch wenn sie zuweilen rote Köpfe verursacht, ist notwendig, um im Zusammenhang mit der Erarbeitung der neuen Waldgesetzgebung vor allem auf Bundesebene die richtigen Weichen zu stellen.

Wir haben den Bericht Galileo in eine breite Vernehmlassung gegeben. Ich werde demnächst den Vernehmlassungsbericht des Amtes für Wald erhalten und ich werde darauf abgestützt meine Position zu den Vorschlägen der Experten bekannt geben.

Demgegenüber konnten Sie vor einigen Tagen den Medien entnehmen, dass wir im Rahmen eines anderen Projektes, des **Projekts SIRIUS**, für unseren **Staatsforstbetrieb** bereits **einschneidende Umstrukturierungsmassnahmen beschlossen** haben. Ich will Ihnen diese Massnahmen näher erläutern:

Für den **Nutzwald** beläuft sich der **Nettoaufwand** im Staatsforstbetrieb auf gesamthaft rund **zwei Millionen Franken**, für den **gesamten Staatsforstbetrieb auf gut fünf Millionen Franken (jährliches Defizit von ca. Fr. 2 Mio.)**.

Wachsende Verluste im Staatsforstbetrieb sind angesichts des Bernischen Staatshaushaltes nicht haltbar. Es stellten sich somit grundsätzliche **Fragen nach der Zukunft des Staatswaldes**, wie z.B.:

- Ist die Führung eines Staatsforstbetriebes überhaupt eine Staatsaufgabe?
- Sollen Waldpflege und Holznutzung im Staatswald eingestellt oder Dritten übertragen werden?
- Soll der Staatswald verkauft oder verpachtet werden?

Was ist der Staatsforstbetrieb überhaupt? Dazu folgende Kennziffern:

- Die Waldfläche des Staates umfasst gut 12'000 ha; das entspricht etwa **7% der Waldfläche** des Kantons Bern.
- Der Staatswald ist auf nahezu 1'000 Parzellen über den ganzen Kanton verteilt.
- Die Arbeitsleistung des Amtes für Wald (KAWA) im Staatsforstbetrieb entsprach 2002 gut **170 Vollzeitstellen**.
- Der Betrieb besteht organisatorisch aus **acht** unterschiedlichen Teilbetrieben, welche durch die **Waldabteilungen** geführt werden.

Ich habe das Amt für Wald beauftragt, für den Staatswald die erwähnten, drängenden Fragen zu beantworten und Entwicklungsziele und Massnahmen aufzuzeigen.

Gestützt auf Berichte von Experten und internen Arbeitsgruppen und Anträgen des Amtes für Wald haben wir folgendermassen entschieden:

1. Der Kanton Bern behält seinen Staatswald und seinen Staatsforstbetrieb.

Für die Beibehaltung des Staatswaldes gibt es Argumente auf **drei Ebenen**:

- **Politisch** gibt es **zwei Gründe**:

a) Auch die externen Experten betonen, dass die Frage, ob der Staat seinen Wald behalten soll, nicht allein aus dem Zeitgeist heraus beurteilt werden darf. Sie weisen auf Entwicklungen hin, welche diese Frage für künftige Generationen in ein anderes Licht rücken können. Nur drei Stichworte dazu:

- Die fossilen Ressourcen werden knapper.
- Die CO₂ – Problematik könnte an Bedeutung zunehmen.
- Die Wälder werden in vielen anderen Weltgegenden übernutzt.

b) Mit der Weiterführung des Staatsforstbetriebes wollen wir ein positives, forstpolitisches Signal ausstrahlen. Wir glauben an die **Zukunft der Waldwirtschaft**. Ein Rückzug aus der Bewirtschaftung, die Verpachtung oder gar ein Verkauf wären forstpolitisch nach meiner Auffassung ein falsches Signal.

- **Strategisch** behält der Kanton seine Handlungsfreiheit. Ein erheblicher Teil des Staatswaldes stammt aus **Aufforstungen zur Vermeidung von Wassergefahren**. Als Eigentümer kann der Kanton solche **Schutzwirkungen des Waldes optimal sicherstellen**. Er kann auch einzelne Waldteile als Kondensationskerne für zukunftsfähige Zusammenschlüsse mit anderen Waldbesitzern einsetzen. Diese Optionen halten wir offen.
- Indem der Kanton seinen Staatsforstbetrieb behält, können aus **sozialer und regionalpolitischer** Sicht wichtige Arbeitsplätze in ländlichen Regionen erhalten werden.

2. Wie einleitend für die Forstbetriebe allgemein dargelegt, muss der Staatsforstbetrieb fitter werden. Er muss auch eine Vorbildfunktion haben.

Der Staatsforstbetrieb erfüllt heute seine ökologischen und sozialen Verpflichtungen. Um der Nachhaltigkeit zu genügen, muss er nun auch wirtschaftlich wesentlich besser werden und den Anschluss an den Markt wieder finden. Es ist mir wichtig, dass der Staatsforstbetrieb gerade auch in **wirtschaftlicher** Hinsicht eben wieder ein **Vorbild** wird. Das bedeutet insbesondere:

- **Die Leistungen müssen wirtschaftlich erbracht werden, die Nutzwälder sind gewinnbringend, zumindest kostendeckend zu bewirtschaften.**
- Durch **zentralen Holzverkauf** sollen ein stärkerer Marktauftritt und damit auch bessere Erlöse erzielt werden. **Pflege und Unterhalt** sind auf das wirklich Notwendige zu beschränken. Auf Wünschbares werden wir inskünftig verzichten.
- Im **Holzereibetrieb** soll konsequent das **Bestverfahren** angewendet werden, denn **die notwendige Technologie ist ja vorhanden!**
- **Aber der Personalbestand und die Organisation müssen dieser Vorgabe angepasst werden.**

Um diese Ziele zu erreichen, werden wir einschneidende Konsequenzen ziehen.

Ich habe deshalb namentlich folgende Massnahmen beschlossen:

1. **Der Staatswald ist aus den Waldabteilungen herauszulösen, und es ist ein eigenständiger Staatsforstbetrieb als neue Abteilung des Amtes für Wald zu bilden.**
2. Der **Nettoaufwand ist bis 2008 um zwei Millionen Franken zu verbessern.** Zusammen mit den bereits in SAR 2002 beschlossenen Massnahmen ergibt dies eine Verbesserung von gesamthaft gut 4 Millionen Franken im Bereich des Staatsforstbetriebes.
3. Insgesamt hat im Staatsforstbetrieb **auf allen Stufen**, d.h. bei Forstingenieuren, Förstern sowie Forstwarten und Waldarbeitern, ein **Stellenabbau von rund 40 Prozent zu erfolgen.**

Ein Stellenabbau in diesem Umfang greift tief und ist nicht einfach zu verkraften. Er ist für alle Betroffenen **schmerzlich**. Er ist jedoch unumgänglich, wenn wir nicht den ganzen Staatsforstbetrieb und damit wesentlich mehr Stellen gefährden wollen.

Es gehört zur Pflicht jedes Betriebes, eben unverzichtbare Entlassungen so sozialverträglich wie möglich zu gestalten. Ich hoffe aber, dass der Grosse Rat Verständnis haben wird für diese Massnahmen.

Wenn auch Sie aufgrund von Defiziten der Forstbetriebe zu drastischen Massnahmen gezwungen werden, mag dieser ökonomische Zwang kurzfristig im Clinch zu Ihren ökologischen und gesellschaftlichen Zielen stehen. Langfristig sind aber gerade diese Massnahmen, diese Weichenstellung, zwingend, um eine nachhaltige, das heisst ökologisch, sozial und ökonomisch verträgliche Holznutzung überhaupt aufrechterhalten zu können. Die heutige Generation muss die Weichen jetzt stellen.

Wir glauben an die Wirkung dieser Massnahmen und an eine wirtschaftliche Holzproduktion der Zukunft.

Ich danke Ihnen für die Leistungen zu Gunsten des Waldes. Es geht um einen wichtigen Teil unserer Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt.